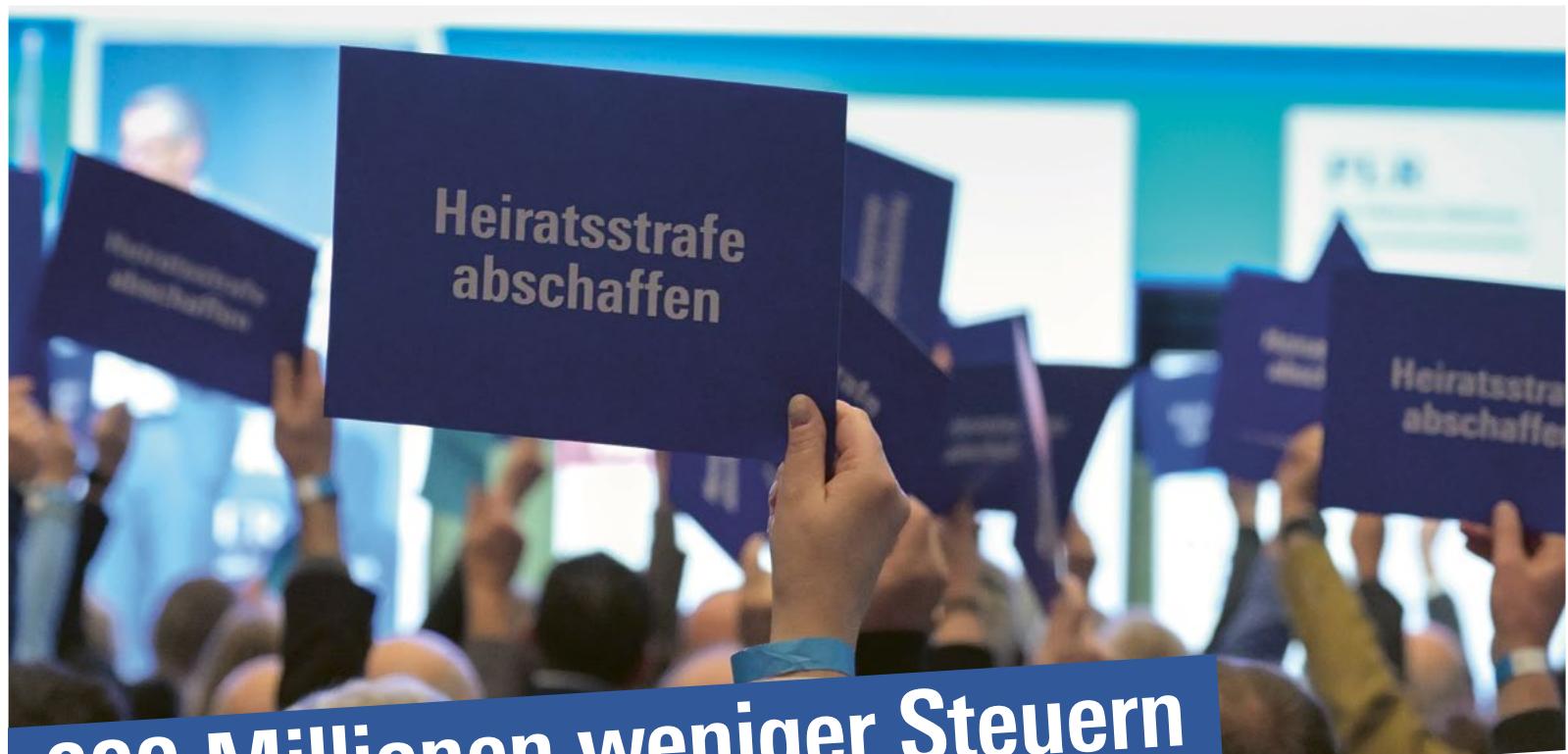


SCHWEIZER **FREISINN**

Wir machen die Schweiz stark!



600 Millionen weniger Steuern

Am 8. März können wir den Mittelstand entlasten

Schweiz schützen!
Neues Positionspapier zur inneren Sicherheit

Seiten 4–7

Individualbesteuerung
Alles, was Sie zur Abschaffung der Heiratsstrafe wissen müssen

Seiten 8–10

«Schafft die Pensionierung ab»
Interview mit Felix. E. Müller

Seiten 16–17



Liebe Freisinnige

Blicken wir auf die Weltpolitik der letzten Wochen, zeigt sich: Das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist massiv unter Druck. Der Präsident der Vereinigten Staaten zum Beispiel handelt mit seinem imperialistischen Gehabe, seiner Zollpolitik und mit seinen Drohgebäuden entgegen allen Prinzipien, für welche wir Freisinnige einstehen: Anstand und Verlässlichkeit, Freihandel, eine regelbasierte Weltordnung und Rechtsstaatlichkeit. Unser Land lebt von Respekt, institutioneller Stärke und einer politischen Kultur des Ausgleichs – nicht von Krawall, Personenkult und Dauerempörung. Aber auch in unserem Land gibt es Handlungsbedarf.

Mit der FDP die Schweiz schützen

Deshalb hat die FDP an der Delegiertenversammlung in Genf ein Positionspapier mit elf konkreten Forderungen verabschiedet. In der Schweiz nehmen Gewaltverbrechen und Drogenkriminalität mit all ihren schlimmen Begleiterscheinungen zu. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung schwindet. Der Staat vernachlässt seine Kernaufgabe, den Schutz der Menschen zu gewährleisten. Ein Grund liegt in einem Justizsystem, das Täterrechte zu stark gewichtet, statt den Opferschutz ins Zentrum zu stellen. Die illegale Migration trägt wesentlich zur Kriminalität bei. Während die Linke diese Problematik

tabuisiert, gefährdet die SVP mit ihrer Chaosinitiative die internationale Polizeiarbeit. Durch den unausweichlichen Wegfall von Schengen/Dublin würden die Sicherheitsbehörden faktisch blind. Für die FDP hat Sicherheit oberste Priorität, auch wenn dies finanzielle Mittel und neue politische Prioritäten erfordert. Denn ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Die Forderungen im Positionspapier reichen von strenger Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten über längere vorläufige Festnahmen bis zur landesweiten Einführung des dynamischen Electronic Monitoring.

Mit der FDP am 8. März Geschichte schreiben

Der Wechsel zur Individualbesteuerung ist überfällig. Heute zahlen viele Ehepaare mehr Steuern als Unverheiratete mit gleichem Einkommen – das ist unfair. Mit der Individualbesteuerung wird jede Person unabhängig vom Zivilstand besteuert: transparent, zeitgemäß und gerecht. Etwa 50 % der Bevölkerung zahlen künftig weniger Steuern, für 36 % ändert sich nichts. Nur 14 % zahlen leicht mehr. Insgesamt werden die Haushalte um rund 600 Millionen Franken entlastet, besonders der Mittelstand profitiert. Tiefe Steuern auf dem Lohn – das ist beispiellos! Übrigens greift der Vorwurf wachsender Bürokratie definitiv zu kurz: Zwar gibt es einen einmaligen Umstellungsaufwand, doch Digitalisierung und das ein-

fachere Steuersystem gleichen den Mehraufwand schnell aus. Neu gilt: eine Person, eine Steuererklärung, ein Leben lang – unabhängig von Heirat, Trennung oder Scheidung.

Mit der FDP vernünftige Klimapolitik betreiben

Die Klimafonds-Initiative bringt hohe Kosten und Bürokratie, ohne dass der Klimaschutz wirksamer wird. Unternehmer und Konsumentinnen würden zusätzliche Abgaben tragen, was Preise erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft schwächt. Kantone, Gemeinden und Firmen müssten neue Melde- und Kontrollpflichten erfüllen, während die Mittelverwendung intransparent bleibt. Ein starrer Fonds ist weniger flexibel als bestehende Programme und führt nicht automatisch zu mehr Emissionsreduktionen. Effektiver sind gezielte Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Innovationen. Die Initiative belastet Wirtschaft und Bevölkerung stark, ohne die Klimaziele sicherer zu erreichen. Deshalb NEIN zur Klimafonds-Initiative!

Susanne Vincenz-Stauffacher
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

Benjamin Mühlmann
Co-Parteipräsident und Ständerat

Schluss mit Gewalt und Chaos

Jetzt Petition unterzeichnen

In den vergangenen Monaten haben gewaltbereite Chaoten wiederholt Strassen verwüstet, unbewilligte Demonstrationen organisiert und friedliche Kundgebungen unterwandert. Zumeist verkleidet, griffen sie Einsatzkräfte an und verursachten hohe Sachschäden – zulasten der Steuerzahlenden. Mit der Petition «Schluss mit Gewalt & Chaos» fordern wir, dass die Politik endlich handelt. Krawallmacher sollen für 48 Stunden festgenommen werden dürfen. Denn: Unsere Städte gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht extremistischen Gruppierungen.

Mit der bereits von Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern unterstützten Petition fordern wir, dass das Parlament drei Massnahmen sofort umsetzt:

1. Wer randaliert, sitzt.

Gewalt muss spürbare Folgen haben. Wir fordern, dass die maximale Dauer der vorläufigen Festnahme von 24 auf 48 Stunden verdoppelt wird. So erhalten die Behörden mehr Zeit für die Beweissicherung. Zudem sollen Randalierende, die am Wochenende aktiv waren, am Montag erklären müssen, warum sie nicht zur Arbeit erscheinen – und nicht länger unbehelligt bleiben.

2. Konsequente Überwachung gewaltbereiter Extremisten.

Es ist nicht akzeptabel, dass den Behörden bereits bekannte Gewalttäter ungestört mobilisieren können, bis es zu Ausschreitungen kommt.

Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden müssen frühzeitig handeln, statt im Nachgang die Schäden zu zählen.

3. Nulltoleranz bei Angriffen auf Polizistinnen und Polizisten.

Wer Einsatzkräfte bedroht oder angreift, greift den Rechtsstaat und die Sicherheit aller an. Solche Taten müssen verfolgt werden – konsequent, automatisch und mit der vollen Härte des Gesetzes.

Ein Staat, der wegschaut, verspielt seine Autorität und gefährdet die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung. Unterschreiben Sie jetzt die Petition und teilen Sie diese mit Ihrem Netzwerk!





Schweiz schützen!

12 Forderungen der FDP zur inneren Sicherheit

In Genf überraschen vier maskierte Männer einen Mann in seinem Bett. In Chur, Bern, Lausanne oder Zürich wachsen Drogenszenen. Vergewaltigungen, Ehrenmorde und andere Gewaltdelikte erreichen Höchststände. Die Bedrohungen im Land nehmen zu – spürbar, sichtbar, jeden Tag. Unser Staat hat sich verzettelt. Er vernachlässtigt seine Kernaufgabe: die Sicherheit der Bevölkerung.

Was sind die Gründe dafür? Einer ist offensichtlich: Unser Justizsystem fokussiert heute zu sehr auf die Täter, ihre Rechte und ihre Perspektiven. Neben Resozialisierung muss der Schutz der Bevölkerung wieder ins Zentrum rücken.

Ein zweiter Grund: Die illegale Migration trägt wesentlich zur Kriminalität und Gewalt bei. Während die Linke dies tabuisiert und die Polizei entwaffnen möchte, will die SVP unsere Polizei blind machen und abgewiesene Asylsuchende aus ganz Europa anlocken. Genau das wäre die Folge der SVP-Chaos-Initiative («Nachhaltigkeits-Initiative»). Bei einer Annahme würden die Verträge von Schengen und Dublin gekündigt und unser Land würde den Zu-

gang zu europäischen Fahndungssystemen verlieren. Für die FDP ist klar: Die Menschen dürfen vom Staat erwarten, dass er sie vor Gewalt schützt.

- › Ja, das kostet Geld. Ja, das können wir uns leisten. Nein, dafür braucht es keine neuen Steuern, sondern eine Neuordnung der politischen Prioritäten.
- › Ja, Täter sind auch Menschen. Ja, die Resozialisierung ist ein wichtiges Ziel. Nein, das darf nicht dazu führen, dass der Schutz der Bevölkerung vernachlässigt wird.
- › Ja, Kriminalität kommt heute zu einem wesentlichen Teil aus dem Ausland. Schlepper, Banden und Mafia sind international vernetzt. Nein, diese Fakten verschwinden nicht, wenn man die Augen vor ihnen verschließt. Und ebenso wenig, wenn man unsere Polizei isoliert und die Schweiz zum Asylmekka von ganz Europa macht.

Die Schweiz war das Land, in dem man die Haustür offen liess. Dieses Sicherheitsgefühl ist heute für

große Teile der Bevölkerung zerbrochen. Bauen wir es wieder auf!

1

Wer schlägt, sitzt

Gewaltstraftaten und Sexualdelikte nehmen zu. Laut Kriminalstatistik sind Delikte wie schwere Körperverletzungen und Vergewaltigungen im Jahr 2024 um fast 20 Prozent angestiegen. Dabei sorgen nicht nur die Taten, sondern auch die Urteile für Aufsehen. Wenn Täter mit einer bedingten Strafe davonkommen, so wird das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzt. Das Problem sind nicht nur die Gesetze, sondern auch Richter, die ihren Spielraum nicht nutzen und zu leichtfertig bedingte Strafen verhängen. Laut Angaben des Bundesamts für Justiz wird heute jede vierte Vergewaltigung lediglich mit einer bedingten Strafe bestraft, jede dritte mit einer teilbedingten.

Das muss sich ändern. Die FDP verlangt, dass Täter ihre Strafe bei Gewaltdelikten antreten müssen: Wer schlägt, sitzt. Dasselbe gilt für Sexualdelikte. Dabei soll das Gericht auch künftig die Tat und ihre Umstände würdigen. Wir fordern jedoch eine Prognoseumkehr: Die Verhängung einer bedingten Strafe muss in Zukunft vom Richter begründet und explizit gerechtfertigt werden, statt wie bisher die Regel bei Ersttätern zu sein. Grundsätzlich ist diese Gesetzesverschärfung nicht nur für Gewalt- und Sexualdelikte, sondern für alle Delikte sinnvoll.

Je öfter Strafen unbedingt verhängt werden, desto weniger Platz bleibt für bedingte Geldstrafen. Diese schrecken nicht ab und verhindern keinen Rückfall. Vielmehr werden diese Sanktionen häufig wie ein Freispruch empfunden. So muss eine Parkbusse bezahlt werden, eine bedingte Geldstrafe aber meist nicht. Dies ist ein Hohn für jeden Gerechtigkeitssinn – nicht zuletzt für den Opfer. Sanktionen müssen für Täter spürbar, für Opfer nachvollziehbar und für die Gesellschaft glaubwürdig sein.

Generell benötigen die Polizei und die Ermittlungsbehörden zusätzliche taktische Möglichkeiten. So werden heute bei gewalttätigen Ausschreitungen im Rahmen von unbewilligten Demonstrationen jene Personen, die sich daran beteiligt haben, nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt. Sie erhalten dadurch die Möglichkeit, ihre Taten zu vertuschen oder sich abzusprechen. Die FDP fordert, die maximale Dauer der vorläufigen Festnahme bei allen Delikten auf 48 Stunden zu verdoppeln⁴ – unter Einhaltung der Verfahrensgarantien. So erhalten die Behörden mehr Zeit für die Beweissicherung. Weiter müssen Polizisten auf Bodycams zurückgreifen können. Die Aufnahmen schrecken Gewalttäter ab und schützen die Beamten vor tätlichen Übergriffen und falschen Anschuldigungen. Zudem sollen künftig von Amtes wegen alle aggressiven Handlungen (z.B. Drohungen, Gewalt, Täglichkeiten) gegen ein Mitglied einer Behörde oder einen Beamten oder eine Beamtin im Zusammenhang mit der Ausübung seiner oder ihrer amtlichen Pflichten verfolgt werden⁵.

heute jeder Jugendliche Crack kaufen, ohne dass die Polizei intervenieren darf. Dabei gilt es, das Viersäulenmodell aus Prävention, Behandlung, Schadensminderung und Repression zu aktualisieren. Bei harten, gesellschaftlich hochproblematischen Drogen wie Fentanyl oder Crack muss der Aspekt der Repression stärker gewichtet werden, insbesondere hinsichtlich Beschaffungskriminalität und Handel. Die FDP fordert daher Nulltoleranz für den Handel mit harten Drogen. Zudem fordert die FDP gezielte gesetzliche Grundlagen für den Umgang mit suchtkranken Intensivtätern, bei denen die heutigen Haftvoraussetzungen systematisch nicht greifen. Dabei soll es möglich sein, einen kurzfristigen, richterlich überprüften Freiheitsentzug anzurufen, um eine verbindliche Abklärung und die Einleitung einer geeigneten Suchtbehandlung sicherzustellen.

2 Polizei stärken

Die Polizei wird in der Schweiz immer häufiger an den Pranger gestellt. Linke Stadtregierungen und Aktivisten stellen legitime Einsatzmethoden infrage, fordern die Entwaffnung von Polizisten oder beschränken deren taktische Mittel bis zur Handlungsunfähigkeit. Parallel dazu werden Krawalle bei Demonstrationen – zuletzt sichtbar bei Ausschreitungen in Bern – viel zu oft geduldet. Die Folge? Unsere Polizei kann ihrer zentralen Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, heute nur noch eingeschränkt nachkommen.

Die FDP fordert: Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wieder zu gewährleisten, muss die Politik damit aufhören, die Polizei zu schikanieren¹. Der Polizeiberuf muss wieder attraktiv werden. Vor allem aber benötigen Polizei und Staatsanwaltschaft deutlich mehr Personal, um die wachsende Kriminalität konsequent und zeitnah verfolgen zu können². Die FDP fordert, dass dieser dringend nötige Aufwuchs auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene primär verwaltungintern kompensiert wird.

Hinzu kommt, dass die Polizeikorps zu wenig zusammenarbeiten. So ist eine Kantonspolizei heute gezwungen, bei allen anderen Kantonen einzeln anzufragen, da eine gemeinsame Abfrageplattform fehlt. Die Schweiz benötigt endlich eine interkantonale Polizeidatenbank, damit Informationen schnell und vollständig verfügbar sind³.

¹ Petition FDP-Liberale Fraktion: Blinde Fahndung? Nicht mit uns!

² Mo. SiK-N 25.3941 Strategische Aufstockung des Personalbestands des Fedpol: Nur so kann die nationale Sicherheit gewährleistet werden

3 Neuen Platzspitz verhindern

Das Drogenelend, das Zürich am Platzspitz vor 30 Jahren überwunden hat, ist in mehreren Schweizer Städten zurückgekehrt. Während damals Heroin zu menschlichem Leid führte und ganze Quartiere in Unsicherheit stürzte, breiten sich heute Crack und Fentanyl rasant aus. Der Konsum hat sich in gewissen Landesteilen seit 2020 verdreifacht. In Genf hat er sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Im Stadtzentrum von Lausanne sind offene Szenen entstanden.

Die Bevölkerung der betroffenen Städte erleidet mehr Diebstähle, mehr Einbrüche, mehr Aggression. Im Unterschied zu Heroin sind bei Crack die Konsumzyklen viel kürzer. Süchtige jagen einem Rausch nach, der nur wenige Minuten dauert und oft von schweren psychotischen Zuständen abgelöst wird. Die Folge sind mehr Beschaffungsvorgänge, mehr Kriminalität und mehr Gewalt gegenüber Unbeteiligten.

Was tun? Die Schweiz hat in den 90er Jahren bewiesen, dass sie eine offene Drogenszene in den Griff bekommen kann. Nun muss ihr das erneut gelingen. In der Pflicht stehen insbesondere die linken Regierungen der betroffenen Städte, die Dealer heute vielerorts tolerieren. Am Bahnhof von Vevey kann

³ Mo. SiK-N 23.4311 Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Bundesregelung des nationalen polizeilichen Datenaustausches

⁴ Mo. Wasserfallen 25.4581 Stopp dem Gewaltextrémismus: Die vorläufige Festnahme ist auf 48 Stunden zu verlängern

⁵ Pa. IV. Cottier 25.492 Drohungen oder Gewalt gegen Beamte: Verfolgung von Amts wegen

4 Transparenz schaffen!

Was linke Parteien gerne verschweigen, stellt jeder Strafverfolger täglich fest: Unter Gewalt- und Sexualstraftätern sind Ausländer aus bestimmten Herkunftsländern stark überrepräsentiert⁶. Obwohl diese Korrelation in Statistiken zu Tatverdächtigen, Verurteilten und Strafgefangenen klar belegt ist, sind die relevanten Daten nicht oder nur mühsam zugänglich, sie werden unvollständig erhoben oder verschleiert. Dies erschwert eine ehrliche politische Debatte und hilft nur den Ideologen an den politischen Rändern. In einer funktionierenden Demokratie sind Fakten und belastbare Zahlen unverzichtbar, um Gefahren zu erkennen und fundierte Entscheidungen treffen zu können.

Die FDP fordert daher, dass das Bundesamt für Statistik (BfS) die nachfolgend beschriebene Analyse vornimmt und der Bevölkerung zur Verfügung stellt – Zahlen, die heute mühselig zusammengesucht oder geschätzt werden müssen. Benötigt wird die Kriminalitätsquote von Ausländern und Schweizern in Relation zu ihrem Bevölkerungsanteil im Land. Anschliessend soll das BfS die Überrepräsentation einzelner Nationen berechnen und diese für verschiedene Delikte wie Raub, Körperverletzung oder Sexualstraftaten ausweisen.

Zur besseren Ursachenforschung müssen diese kriminalitätsbezogenen Daten um soziale Kennzahlen wie Alter, Sozialhilfequote und gegebenenfalls Religion ergänzt werden. Zudem fordern wir eine landesweite Statistik zu Gefängnisinsassen und der Überrepräsentation einzelner Nationen im Strafvollzug.

⁶ Urbaniok Frank (2025). Schattenseiten der Migration: Zahlen, Fakten, Lösungen

5 Kriminelle abwehren

Die Schweiz ist stolz auf ihre humanitäre Tradition. Die FDP wird diese immer verteidigen. Gerade deshalb ist es inakzeptabel, dass Kriminelle unter dem Deckmantel des Asylrechts unsere Hilfsbereitschaft missbrauchen. So etwa, wenn junge Männer in die Schweiz einreisen, die Asylunterkunft als Basis nutzen und von dort aus eigentliche Raubtouren unternehmen. Die meisten dieser Täter stammen aus den Maghreb-Staaten⁷. Laut Kriminalstatistik verursachen sie den Grossteil der Einbrüche⁸ in der Schweiz; in einzelnen Kantonen gehen über 80 Prozent der Diebstähle auf ihr Konto. Teilweise agieren diese Täter äusserst brutal und schrecken bei Einbrüchen nicht mal vor Bedrohungen der Bewohnerinnen und Bewohner zurück. Zurück bleiben finanzielle Schäden, traumatisierte Opfer und ein Gefühl der Unsicherheit.

Um die Bevölkerung der Schweiz zu schützen, dürften solche Kriminelle gar nicht mehr ins reguläre Asylsystem gelangen. Die FDP fordert deshalb eine vorgelagerte Schnellprüfung. Migranten aus Ländern, von denen nicht einmal 5 von 100 Antragssteller Asyl erhalten, sollten den Asylbescheid in einem abgekürzten Verfahren erhalten und – so dieser tatsächlich negativ ausfällt – schnellstmöglich zurückgeschafft werden⁹. Dasselbe gilt für Asylbewerber im regulären System, die straffällig werden¹⁰. Bis zur Ausschaffung sollten diese in Administrativhaft¹¹ genommen werden. Wichtig sind in der Praxis bilaterale Rücknahmeabkommen^{12,13} und verbindliche Drittstaatenlösungen für heute nicht rückführbare Fälle¹⁴. Um Rückführungen zu ermöglichen, fordert die FDP, dass Staaten, die ihre Bürgerinnen und Bürger nicht zurücknehmen, auch keine finanzielle Unterstützung durch die Schweiz erhalten. Geprüft werden können weitere gezielte Sanktionen wie bspw. Einschränkungen bei der Visavergabe.

Um Kriminelle abzuwehren und einen Kollaps des Asylsystems zu verhindern, sind die Verträge von Schengen/Dublin von grösster Bedeutung. Dank dem Dublin-Vertrag kann die Schweiz deutlich mehr Menschen mit negativem Asylentscheid in den zu-

ständigen Staat überstellen, als sie aus den Partnerstaaten übernehmen muss. Ohne Dublin-Vertrag könnten hunderttausende Abgewiesene aus ganz Europa hierzulande ein zweites Asylgesuch stellen.

6 Organisiertes Verbrechen bekämpfen

Glücklicherweise erlebt die hiesige Bevölkerung – noch – keine offen ausgetragenen Bandenkriege. Doch die organisierte Kriminalität hat sich in der Schweiz bereits eingestellt. Die Mafia nutzt das Baugewerbe, Restaurants, Reisebüros oder Barbershops, um Geld zu waschen. Laut dem Bundesamt für Polizei (fedpol) hat sich die Zahl der Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei innerhalb von zwei Jahren verdoppelt.

Die Mafia ist nicht nur in Geschäften und auf Hinterhöfen aktiv. Ihre Machenschaften finden oft auch im digitalen Raum statt und werden über verschlüsselte Nachrichten koordiniert. Dabei hilft ihr ein falsch verstandener Schweizer Datenschutz. Die Privatsphäre ist ein hohes Gut, doch Datenschutz darf nicht zum Verbrecherschutz werden. So entschied jüngst das Zürcher Obergericht, dass Sicherheitsbehörden geknackte Nachrichten von Verbrechern nicht verwenden dürfen. Das Gericht untersagte die Verwendung der Daten des Messengers Sky ECC, der in ganz Europa von Verbrechern genutzt wurde. Dadurch konnte die Schweiz 3000 Verdächtige nicht verfolgen und bremste die grenzüberschreitende Fahndung aus. Wird die Schweiz durch solche Blockaden zur fahndungstechnischen Insel, so fällt es Kriminellen viel zu leicht, ihre Spuren zu verwischen. Deshalb muss schnell eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit die Sky-ECC-Daten verwendet werden können und die Sicherheitsbehörden den griffigen Instrumenten im digitalen Raum erhalten.

Der digitale Raum wird nicht nur von der Mafia genutzt. Von einem Video in den sozialen Medien bis zum Griff zum Messer vergehen manchmal nur Tage. Die Radikalisierung junger Menschen stellt eine grosse Gefahr für die Schweiz dar¹⁵. Hier braucht es mehr Fachleute beim Nachrichtendienst des Bundes (NDB) sowie eine engere operative Verzahnung mit der Bundes- und den Kantonspolizeien¹⁶. Dem NDB und dem fedpol stehen heute zu starre Vorschriften im Weg, um eine zielgerichtete Überwachung durchzuführen. Nur mit zeitgemässen polizeilichen Mitteln können Anschläge und Attacken verhindert werden, bevor sie passieren – zum Schutz von uns allen¹⁷.

Dramatisch für die Sicherheitsbehörden wäre, wenn die Verträge von Schengen/Dublin wegfallen würden. Sie bieten heute mit dem Schengen-Informationssystem (SIS) eine entscheidende Plattform, die die Grenzwacht, die Polizei und den Nachrichtendienst des Bundes mit kritischen Informationen versorgt. Rund 350 000-mal befragt die Schweiz heute das SIS – jeden Tag. Die Behörden finden darin unverzichtbare Warnungen zur grenzüberschreitenden Kriminalität, zu islamistischen Gefährdern und zum Schlepperwesen.

7 Gefängnisplätze zur Verfügung stellen

Die Gefängnisse in der Schweiz platten aus allen Nähten. 2025 lag die Belegungsrate insgesamt bei 94,5 Prozent, manche Anstalten waren zu mehr als 100 Prozent belegt. Dieser Platzmangel hat abstruse Folgen. Vieлерorts können sich verurteilte Täter weigern, eine Geldstrafe zu bezahlen. Zwar würde die Geldstrafe dann eigentlich in eine Haftstrafe umgewandelt. Doch weil die Gefängnisplätze fehlen, muss die Ersatzhaft gar nie angetreten werden und die Strafe verjährt. Ein Missstand, der jedem Gerechtigkeitsempfinden spottet.

Die Lösung liegt auf der Hand: In der Schweiz müssen immer genügend Gefängnisplätze zur Verfügung stehen, damit der Strafvollzug wieder funktioniert. In der Not können Container aufgestellt werden. Um rasch die notwendigen Kapazitäten zu schaffen, gehören die Belegungsvorschriften angepasst. Wenn die Linke den Bau neuer Gefängnisse blockiert, muss sie sich nicht darüber beschweren, dass es in den Zellen enger wird.

Obwohl nur spärlich verfügbar (siehe Punkt 4), legen Erhebungen zudem nahe, dass die Gefängnisplätze zum grössten Teil von ausländischen Straftätern belegt werden. Laut Schätzungen haben rund 70 Prozent der Insassen einen ausländischen Pass. Die FDP fordert den Bundesrat auf, Vorschläge zu erarbeiten, wie der Strafvollzug für kriminelle Staatsangehörige der problematischsten Länder (insbesondere Algerien, Marokko und Tunesien) in ihren Heimatländern vollzogen werden kann. Dass dies möglich ist, zeigt schon heute der Überstellungsvertrag zwischen der Schweiz und dem Kosovo. Kosovaren, die in der Schweiz verurteilt wurden, können unter gewissen Voraussetzungen gezwungen werden, ihre Freiheitsstrafe im Kosovo zu verbüßen.

⁷ Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS); Jahresbericht 2024

⁸ Polizeiliche Kriminalstatistik Kanton Bern 2024

⁹ Mo. FDP-Liberale Fraktion 23.3533 Irreguläre Sekundärmigration stoppen und Ursachen bekämpfen

¹⁰ Mo. Gössi 25.3292 Straffällige Personen aus dem Asyl- und Ausländerbereich möglichst rasch aus der Schweiz ausschaffen

¹¹ Po. Müller 23.3837 Wiederermöglichung der unbürokratischen Anordnung der Administrativhaft durch die Bundesasylzentren

¹² Mo. Müller 24.3373 Migrationsabkommen mit Marokko anstreben

¹³ Mo. Müller 23.3032 Rückführungen nach Algerien. Forcierung der Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr dank der Anwendung von Artikel 25a des Schengener Kodex

¹⁴ Mo. Gössi 23.4440 Rückführung von Eritreern, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Abschluss eines Transitabkommens mit einem Drittstaat

¹⁵ Lagebericht NDB «Sicherheit Schweiz 2024»

¹⁶ Mo. de Quattro 24.3495 Schaffung einer auf die Terrorismusbekämpfung spezialisierten Strafverfolgungsbehörde des Bundes

¹⁷ Mo. de Quattro 25.4559 Stopp dem Gewaltextrremismus: Es braucht eine bessere nachrichtendienstliche Kontrolle von gewalttätigen und extremistischen Personen

8 Opfer schützen

Die heutigen Abläufe und Verfahren in Ermittlung und Strafverfolgung werden den Bedürfnissen der Opfer zu wenig gerecht – von der Anzeige bis zur Verurteilung. Opfer erleben Strafverfahren vielfach als belastend und wenig opfergerecht. Sie müssen immer noch damit rechnen, mit unangemessenen Fragen konfrontiert zu werden («Wie lange war der Rock, den Sie trugen?»). Wenn es im Verlauf des Verfahrens zu einer persönlichen Konfrontation zwischen dem Opfer und dem Täter kommt, muss das Opfer die traumatische Erfahrung ein zweites Mal durchleben. Ziel muss es sein, Befragungen professionell, respektvoll und rechtsstaatlich korrekt zu führen. Hinzu kommt, dass Strafverfahren oft lange dauern, wodurch das Risiko besteht, dass die Gewalt des Täters weiter eskaliert.

Diese Umstände schrecken viele Betroffene oftmals davor ab, eine Anzeige zu erstatten. Zusätzlich erschweren bürokratische Hürden, wie etwa für Laien kaum verständliche Formulare und Abläufe, den Zugang zur Justiz. Die FDP fordert deshalb eine Stärkung der Opferrechte. Besonders gefährdet sind Opfer von häuslicher Gewalt. Es ist inakzeptabel, dass sie gezwungen sind, ihre Wohnung zu verlas-

sen, um sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Dadurch werden sie gleich doppelt zu Opfern: Sie erleiden Gewalt und verlieren ihr Zuhause. Die FDP fordert, dass der Täter die gemeinsame Wohnung verlassen muss und sie nicht mehr betreten darf¹⁸. Um den Schutz der Opfer nach solchen Vorfällen oder bei Freilassung der Täter zu garantieren, fordern wir Freisinnigen die landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM), wie es im Kanton Zürich bereits praktiziert wird. Es braucht aber nicht nur die Überwachung, sondern auch die unmittelbare Intervention. Die Polizei muss sofort eingreifen, wenn ein Täter den geschützten Bereich betritt, und das Opfer muss bei Annäherung des Täters alarmiert werden.

Das fordert die FDP:

- › Grundsätzlich keine bedingten Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten
- › Genügend Personal, zweckmässige Ausrüstung und solide Ausbildung für Polizei und Staatsanwaltschaft
- › Rasche Einführung einer interkantonalen Polizedatenbank
- › Verdoppelung der Dauer vorläufiger Festnahmen auf 48 Stunden
- › Konsequente Repression bei harten Drogen wie Crack und Fentanyl
- › Erhebung von Zahlen zur Überrepräsentation von Nationalitäten bei Kriminellen
- › Sicherung des Fortbestands der Verträge von Schengen/Dublin
- › Bilaterale Rückübernahmeverträge mit den Maghreb-Staaten
- › Genügend Gefängnisplätze dank angepassten Belegungsvorschriften
- › Konsequente Wegweisung der Täter aus der gemeinsamen Wohnung bei häuslicher Gewalt
- › Griffige Instrumente für die Verbrechensbekämpfung im digitalen Raum
- › Landesweite Einführung des dynamischen Electronic Monitoring (EM)

¹⁸ Pa. IV. de Quattro 21.410 Wer schlägt, geht!

«Die Schweiz war das Land, in dem man die Haustüre offenliess. Dieses Sicherheitsgefühl ist heute für grosse Teile der Bevölkerung zerbrochen. Bauen wir es wieder auf!»

Schaffen wir gemeinsam die Heiratsstrafe ab!

Die 7 wichtigsten Fragen und Antworten zur Individualbesteuerung

1. Welches sind die zwei Nachteile des heutigen Systems?

Unser derzeitiges Steuersystem hat zwei grosse Nachteile: die Heiratsstrafe und die Zweitverdienerstrafe.

Die **Heiratsstrafe** entsteht, weil die gemeinsame Besteuerung und die Steuerprogression zu einer teilweise höheren Steuerlast für Ehepaare führen als für Konkubinatspaare. Besonders betroffen sind dabei Paare mit einer ausgewogenen Aufgabenteilung und einem hohen Einkommen.

Die **Zweitverdienerstrafe** verhält sich ähnlich. Verheiratete Zweitverdienehenden zahlen aufgrund der gemeinsamen Besteuerung oft mehr Steuern als Unverheiratete. Je höher das Einkommen der hauptverdienenden Person ist, desto stärker wird das Einkommen der zweitverdienenden Person besteuert.

2. Wie wirkt sich die Rollenverteilung der Ehegatten auf das Steuersystem aus?

Mit der Einführung der Individualbesteuerung würden Einverdienehepaare gegenüber Zweiverdienehepaaren mit identischem Gesamteinkommen steuerlich benachteiligt werden.

Bereits 1984 hat das Bundesgericht festgehalten, dass das heutige Steuersystem sogar verfassungswidrig ist (BGE 110 Ia 7)!

Die Individualbesteuerung ist tendenziell verfassungskonform und 2026 zeitgemäß.

3. Soll die Ehe eine steuerlich privilegierte Institution werden?

Nein. Die Bevorzugung der Ehe wird damit begründet, dass die Ehegatten einander zu Unterhalt verpflichtet sind. Gleichzeitig bestehen aber auch ausserhalb der Ehe bei gemeinsamen Kindern oder nach einer Scheidung Unterhaltpflichten.

Im Falle des Splittings begünstigt das Modell nicht die Ehe als solche, sondern nur die traditionelle Einverdienehrehe.

Ein zivilstandsabhängiges Steuersystem erscheint demnach nur schwer begründbar.

4. Schwächt die Individualbesteuerung die Institution Ehe?

Nein. Die Besteuerung würde zivilstandsunabhängig erfolgen, die Ehe würde weder privilegiert noch benachteiligt werden.

Zudem würde die Heiratsstrafe endlich abgeschafft werden. Die Individualbesteuerung stärkt also die Ehe als Institution und die damit verbundenen institutionellen Garantien wie beispielsweise der hälfte Vorsorgeausgleich.

Die Individualbesteuerung lässt die Institution Ehe unberührt.

5. Werden negative Erwerbsanreize wirklich beseitigt?

Ja. Der Bund rechnet mit zusätzlichen 10 000–47 000 Vollzeitstellen, während externe Studien teilweise von noch höheren Effekten ausgehen.

Allgemein gilt, dass ein Steuersystem, welches negative Erwerbsanreize setzt, dem Arbeitsmarkt massiv schadet und somit langfristig nicht zukunfts-fähig ist.

Die Individualbesteuerung beseitigt negative Erwerbsanreize vollständig.

6. Wäre das Splitting denn nicht besser als die Individualbesteuerung?

Nein. Beim Splitting würden einfach Einverdienehepaare bevorzugt werden und die Zweitverdiener-

strafe bliebe bestehen. Das Splitting, welches auf kantonaler Ebene verbreitet ist, wurde zudem vom Bundesrat bereits 2024 klar abgelehnt (Stellungnahme vom 26. Juni 2024 zur Mitte-Initiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare»).

Das auf kantonaler Ebene verbreitete Splitting-system ist also keine Lösung.

7. Ist die Individualbesteuerung tatsächlich ein Bürokratiemonster?

Initial gibt es einen Zusatzaufwand. Jedoch wird der Aufwand bei Wechselfällen (Heirat, Trennung, Scheidung, Tod, Wiederheirat) oder Haftungsfällen bei Zahlungsunfähigkeit eines Ehegatten entfallen. Dies daher, da beide Ehegatten neu individuell besteuert werden. Zudem kann der Automatisierungsgrad aufgrund breiterer Datenbasis erhöht werden, was den bürokratischen Aufwand langfristig verringert.

Die Individualbesteuerung führt auf lange Sicht trotz grösserem Initialaufwand zu Vereinfachungen.

Quelle: Prof. Dr. iur. Andrea Opel, Universität Luzern



Fanny Dietschi,
Redaktion «Schweizer Freisinn»

600 Millionen Franken weniger Steuern

Die Abschaffung der Heiratsstrafe wird endlich Steuergerechtigkeit schaffen

Am 8. März können wir endlich die ungerechte Heiratsstrafe abschaffen. Das ist für uns FDPLerinnen und FDPLer eine einmalige Chance, denn die FDP setzt sich schon seit Jahren für die Individualbesteuerung ein.

Was mich besonders freut: Während der Staat den Leuten auf allen Ebenen immer mehr Mittel aus der Tasche zieht, geht es bei diesem Projekt endlich einmal in die andere Richtung. 600 Millionen Franken Steuergelder muss der Mittelstand weniger abliefern. Wann hat es das zuletzt gegeben? Es ist das Resultat eines sorgfältig austarierten Kompromisses, auf den sich das Parlament geeinigt hat – und wir stehen voll dahinter.

Die Reform eröffnet die Chance, auf kantonaler Ebene neue, bessere Lösungen zu diskutieren. Damit das Steuersystem endlich einfacher wird. Es handelt sich also nicht um eine abstrakte Umgestaltung, sondern um eine konkrete Erleichterung für die Menschen in unserem Land. Die FDP setzt sich seit Jahren für Vereinfachungen ein – und ebenso konsequent für die Individualbesteuerung.

Heiratsstrafe abschaffen

Heute zahlen viele verheiratete Paare mehr Steuern als unverheiratete Paare mit vergleichbarer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Der Hauptgrund: Bei Verheirateten werden die Einkommen zusammengerechnet. Damit rutscht das Zweiteinkommen in eine höhere Progression, die Heiratsstrafe schlägt zu. Das ist unfair und verletzt das Gebot der Steuergerechtigkeit. Das Bundesgericht hat bereits am 13. April 1984 festgehalten, dass der Steuergesetzgeber Ehepaare nicht stärker belasten darf, nur weil sie verheiratet sind.

Und genau dies korrigieren wir mit dem Bundesgesetz über die Individualbesteuerung. Künftig füllt jede Person ihre eigene Steuererklärung aus und bezahlt Steuern auf das eigene Einkommen und Vermögen – unabhängig vom Zivilstand. Der Effekt: Rund 50 % zahlen dann weniger Steuern, bei 36 % ändert sich nichts, und nur wenige werden leicht mehr belastet.

Steuerbehörden, macht eure Arbeit

Für die Steuerbehörden ist diese Umsetzung ohne Schwierigkeiten machbar. Das bestätigt etwa der Städteverband, der diese Anpassung befürwortet. Unverheiratete Paare, sogenannte Konkubinatspaare, werden schon heute so veranlagt; die Regeln sind erprobt und in allen Kantonen bekannt. Es gibt einen einmaligen Umstellungsaufwand, aber die zunehmende Digitalisierung und eine Übergangsfrist von sechs Jahren machen ihn überschaubar. Entscheidend ist nicht die Anzahl Dossiers, sondern deren Komplexität. Und genau diese Komplexität nimmt mit der Individualbesteuerung ab.

Denn das heutige System ist nicht nur ungerecht, sondern auch unpraktisch: Heirat (mehr als die Hälfte der Bevölkerung), Scheidung (40 % der Ehen), erneute Heirat oder Todesfall führen immer wieder zu Umstellungen. Bei der Individualbesteuerung fallen diese Brüche weg und die Besteuerung wird klarer. Darüber hinaus werden auch die Abzüge vereinfacht und transparenter.

Positive Wirkung auf den Schweizer Arbeitsmarkt

Die Individualbesteuerung hat eine positive Wirkung auf unseren Arbeitsmarkt. Jede zusätzlich geleistete

Arbeitsstunde lohnt sich, weil das tiefere Zweiteinkommen – häufig jenes der Frau – nicht mehr durch die Steuerprogression «weggefressen» wird. Viele würden bei individueller Besteuerung ihre Arbeitspensen erhöhen. Eine vom Bundesrat in Auftrag gegebene Studie rechnet mit einem Beschäftigungseffekt von bis zu 44 000 Vollzeitstellen. Somit ist die Individualbesteuerung ein wirksames Mittel gegen den Fachkräftemangel, führt zu mehr Erwerbsarbeit, dämpft die Zuwanderung, stärkt damit die Altersversorgung vieler Paare und reduziert die Altersarmut – gerade bei Frauen.

Darum sagen auch Sie am 8. März, am Internationalen Tag der Frau, aus Überzeugung Ja zur Einführung dieses Bundesgesetzes. Die nun vorliegende Vorlage des Bundesrats und des Parlaments behandelt Frauen und Männer gleich, schafft damit ENDLICH die Heiratsstrafe ab, führt zu mehr Steuergerechtigkeit und zu höherer Erwerbstätigkeit. Das Gesetz ist umsetzbar und vereinfacht unser Steuersystem massiv.



Christian Wasserfallen,
Nationalrat Kanton Bern

Symbolbild kanadische Steuererklärung, Rob Mattingley.



Im Ausland längst Standard

Wie andere Länder die Individualbesteuerung umsetzen

Während die Gegner der Vorlage über ein erwartetes Bürokratiemonster, schwierige Abgrenzungen zwischen den Ehepartnern und eine Überbelastung der Steuerämter klagen, ist die Individualbesteuerung in den meisten Ländern weltweit längst Standard. In Europa sind es nebst der Schweiz nur Irland, Frankreich und Portugal, die Ehepartner gemeinsam besteuern. In den USA wird individuell veranlagt, es sei denn, die Ehepartner verlangen eine gemeinsame Besteuerung. Wenn die Türkei und Iran die Individualbesteuerung hinbekommen, sollte das auch in der Schweiz möglich sein.

Unsere weiblichen Mitglieder im Ausland haben kein Verständnis für die bisherige Heiratsstrafe bei der Besteuerung. Drei Frauen schildern ihre Erfahrungen und Gedanken.

Diana Arn, Kanada

Die kanadische Einkommensteuer basiert auf der individuellen Steuererklärung. Der Zivilstand wirkt sich jedoch auf die Berechtigung, Beschränkung und Berechnung verschiedener Steuergutschriften und Sozialleistungen aus. In bestimmten Fällen können die Einkommen aufgeteilt und damit Steuern gespart werden, z. B. bei Kinderbeihilfen und zum Ausgleich von grossen Einkommensunterschieden zwischen den Partnern. Das scheint mir ein faires System zu sein, das gut funktioniert.

Für mich ist es selbstverständlich, meine eigene Steuererklärung einzureichen. Allerdings ziehe ich einen Fachmann bei, der weiß, welche Steuergutschriften oder Vergünstigungen in meiner Situation möglich sind.

Müsste ich mein Einkommen in der Steuererklärung meines Mannes deklarieren, würde ich mich nicht gut fühlen. Es würde bedeuten, dass der Ehemann als bevorzugter und vermeintlich besser verdienender Partner angesehen wird. Das ist eine sexistische Vorstellung.

Dass verheiratete Paare mehr Steuern zahlen als unverheiratete, finde ich nicht fair, und ich versteh-

die Begründung dafür nicht. Einzelpersonen sollten als Einzelpersonen gleich besteuert werden. Verheiratet zu sein sollte nicht bedeuten, dass man bei der Einkommensteuer benachteiligt wird.

Wir reichen unsere Steuererklärungen einzeln, aber gemeinsam ein, um bestimmte Steuergutschriften oder Vergünstigungen in Anspruch nehmen zu können, sofern diese verfügbar sind (wie vorher beschrieben). In meiner Steuererklärung gebe ich meinen Partner an und umgekehrt, wodurch wir Zugang zu einigen Vergünstigungen und einer Einkommensaufteilung erhalten.

Ana Verena Balmer, Spanien

Schon seit der Zweckheirat der Königshäuser von Kastilien und Aragon 1496, welche die Grundlage für das heutige Spanien bildete, wird die Heirat hier in Spanien sehr pragmatisch betrachtet.

Beide Individuen behalten sowohl Namen wie staatliche Identifikationen.

Ergo ist die getrennte Veranlagung bei Steuern hier die Regel.

Dies ist angesichts der Progressionsrate auch sinnvoll. Die Steuersätze beginnen für Einkommen bei 19 %, steigen langsam an, um gegen oben in eine immer steilere Progression zu münden bis zum Maximalatz von 47 %.

Wir haben kurz kalkuliert und kommen zum Schluss, dass die jährliche Belastung bei gemein-

samer Veranlagung in unserem Fall eine um rund 35 % höhere Steuerbelastung bringen würde gegenüber zwei getrennten.

Zehra Irez, Türkei

In der Türkei spielt der Zivilstand kaum eine Rolle. Jeder wird einzeln besteuert.

Ich finde das fair, weil jede Person für ihr eigenes Einkommen verantwortlich ist.

Meine eigene Steuererklärung auszufüllen ist wichtig für mich und ein Zeichen dafür, dass ich finanziell selbstständig bin und den Überblick behalte.

Wenn mein Einkommen in der Steuererklärung meines Mannes deklariert würde, würde sich das für mich ungewohnt anfühlen, da man hier getrennte Erklärungen abgibt.

Dass verheiratete Paare mehr Steuern bezahlen als unverheiratete («Heiratsstrafe»), finde ich eher ungerecht, weil die Ehe kein steuerlicher Nachteil sein sollte.

In der Türkei gibt es keine gemeinsame Veranlagung für Ehepaare.

Eine Besonderheit im Steuersystem der Türkei ist, dass die Einkommensteuer meist direkt vom Arbeitgeber einbehalten wird. Daher geben viele keine Steuererklärung ab. Nur Selbständigerwerbende füllen selber eine Steuererklärung aus und zahlen selber ein.



Helen Freiermuth,
Präsidentin FDP-International

Bild: Jungfreisinnige Schweiz, mit KI generiert.



Dereinst bildete die Kirche das Zentrum des Gemeinwesens: sozial und nicht selten auch politisch. Glaubt man den Gegnern der SRG-Initiative, so nimmt heute ein eineinhalb Milliarden Franken schwerer, gebührenfinanzierter Medienkoloss eine vergleichbare Stellung ein: die SRG, als vermeintlich einzige Garantin «seriöser Information», der gemeinsamen kulturellen Öffentlichkeit und der Demokratie. Wird die SRG auf ihre Kernfunktion zurückgeführt und die Haushaltsabgabe auf 200 Franken reduziert, so würde man die Kirche ihrer ordnenden Stellung entheben und in der Logik der Gegner das Ende der besagten Begriffe einläuten.

Seriöse Berichterstattung weit vielschichtiger als der rote Riese

Versinnbildlicht wird diese Auffassung im gewählten Sujet: «Gute Nacht, seriöse Information», skandieren die Initiativgegner auf Plakaten, auf denen im Hintergrund verzerrt ein Bild der Sendung «Tagesschau» zu erkennen ist – als habe die SRG das alleinige Patent auf seriöse Information gepachtet. Das verfehlt die mediale Realität und tut Abertausenden privaten Medienschaffenden Unrecht. Ohne der SRG ihren vielfach eingehaltenen publizistischen Standard abzusprechen, ist die «seriöse» journalistische Informationsversorgung weit vielschichtiger als der rote Riese. Ein jüngst publiziertes Medien-Ranking dreier Hochschulen zeichnete etwa die «Neue Zürcher Zeitung» als Medium mit der vielfältigsten Berichterstattung aus – ein Prädikat, das nach der eigenen Erzählung dem Service-public-Giganten hätte zufallen müssen.

Doch nicht nur der Leitspruch, auch die herangezogenen Beispiele überzeugen nicht. Niemand kann

der Bevölkerung ernsthaft erklären, dass eine SRG mit einem Budget von 850 Millionen Franken die «Tagesschau» oder die Berichterstattung zum Lauberhornrennen einstellen würde. Dass mit solchen abwegigen Beispielen Kampagne geführt werden muss, illustriert, wie schwer sich vielerlei andere Formate rechtfertigen lassen – etwa «Shaolin Challenge», eine bald erscheinende SRF-Reality-Sendung über die meditative Selbstfindung von Prominenten in einem südkoreanischen Kloster.

Mit der Irreführung ist es indes noch nicht genug. So gelangt die schillernde «Allianz Pro Medienvielfalt» zur Auffassung, durch die SRG-Initiative gerate auch der Schweizer Film in Gefahr, den die SRG mit jährlich 34 Millionen Franken unterstützt. Mit Annahme der SRG-Initiative würde es still um die Schweizer Filmbranche, so die Proklamation. Glatt unterschlagen bleibt dabei, dass aufgrund der zweifelhaften, aber geltenden «Lex Netflix» seit dem Jahr 2024 neu eine aktuell 30 Millionen Franken schwere Investitionspflicht für Streaminganbieter besteht, Schweizer Produktionen zu finanzieren.

Schlussendlich geht es um den Service Public

All jene Nebelpetarden der Initiativgegner dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, worum es wirklich geht: den Service public. Weitgehend unbeachtet bleibt, dass der Grundgedanke des heutigen verfassungsmässigen Auftrags der SRG aus der Ära des linearen Fernsehens stammt. Damals herrschte die Auffassung, Informationsinhalte würden für sich allein nicht konsumiert, und es bedürfe eines Vollprogramms, um die Bevölkerung zu erreichen. Diese Argumentation ist überholt; heute wird zielgerichtet konsumiert. Die öffentliche Aufgabe sollte folglich

nicht länger darin bestehen, mit der im internationalen Vergleich höchsten Rundfunkabgabe alles Mögliche anzubieten. Vielmehr sollte sie darin bestehen, für die Bevölkerung eine verlässliche Grundversorgung sicherzustellen und kosteneffizient einzuspringen, wo private Anbieter mangels wirtschaftlicher Rendite nicht tätig werden können. Diese Daseinsberechtigung kommt der SRG zu.

Die direktdemokratische Schweiz verdient eine öffentlich zugängliche, verlässliche Informationsquelle, und dies über alle Kanäle hinweg, vom UKW-Radio bis in die sozialen Medien. Aus diesem Grund war auch «No Billag» mit Recht abzulehnen. Die vorliegende Gebührensenkungsinitiative hingegen erzwingt eine Fokussierung auf das Wesentliche, während die Mittel zur Erfüllung des Grundauftrags gegeben bleiben. Der Schweizer Film wird weiter prosperieren, die «Tagesschau» ausgestrahlt, und auch die Demokratie bleibt unbeschadet. Die Kirche bleibt im Dorf.



Jonas Lüthy,
Präsident Jungfreisinnige und Vorstandsmitglied
FDP.Die Liberalen Schweiz

Pendeln überwindet den Stadt-Land-Grabен

Die Schweiz ist enger verbunden als man denkt

Im Jahr 2023 waren acht von zehn Erwerbstätigen Pendlerinnen und Pendler. Knapp drei Viertel von ihnen arbeiteten ausserhalb ihrer Wohngemeinde – ein Anteil, der deutlich höher liegt als in der Vergangenheit (BFS, 2025)¹. Für viele von uns bedeutet dies eine tägliche Wanderbewegung von ländlichen Regionen in die Städte. Man könnte erwarten, dass diese zunehmende Mobilität – insbesondere zwischen ländlichen und urbanen Räumen der Schweiz – zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führt. Wer sich Tag für Tag begegnet, sollte sich früher oder später auch füreinander interessieren.

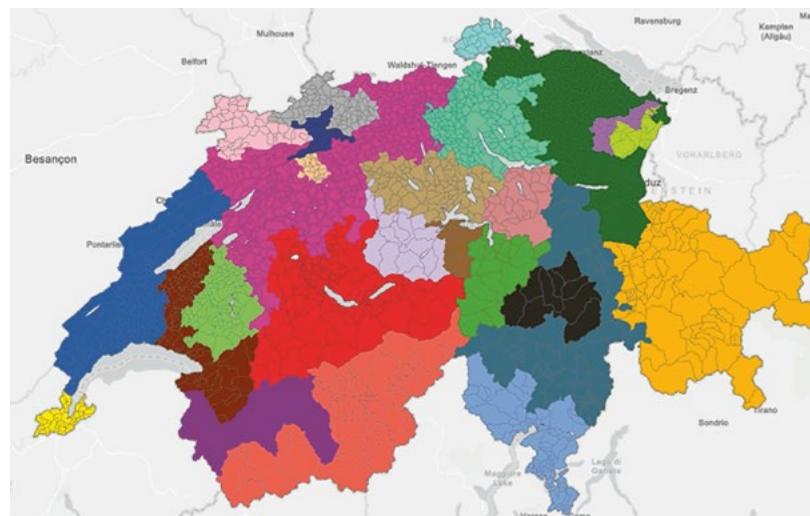
Doch genau dieses Bild bestätigt das jüngste Stadt-Land-Barometer, das gemeinsam von der landwirtschaftlichen Genossenschaft fenaco und dem Forschungsinstitut Sotomo erarbeitet wurde, nicht. Im Gegenteil: Die Spannungen zwischen Stadt und Land verschärfen sich. Politisch zeigt sich dies deutlich: Sechs der zehn Volksabstimmungen mit dem grössten Stadt-Land-Gefälle seit 1980 fanden in den letzten fünf Jahren statt. Zudem waren es meist die grossen Städte, die bei diesen Abstimmungen überdurchschnittlich häufig unterlagen.²

Geografische Cluster konsequent in politische Arbeit integrieren

Dieser Befund mag auf den ersten Blick insbesondere in urbanen Kreisen für Genugtuung sorgen, ist doch allgemein bekannt, dass Städte wie Zürich, Bern, Genf oder Lausanne politisch klar links stehen. Doch können wir uns ernsthaft über eine Entwicklung freuen, die eine wachsende gesellschaftliche Spaltung nährt und die Ressentiments zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung weiter verschärft? Diese Situation darf nicht zu passiver Selbstzufriedenheit angesichts der Niederlagen politischer Gegner führen. Sie zwingt uns vielmehr dazu, unsere Analyse zu überdenken und uns von einer vereinfachenden, binären Sichtweise zu lösen, in der urbane Themen an den geografischen Stadtgrenzen enden.

Eine echte Annäherung zwischen Stadt und Land setzt unter anderem voraus, dass wir das Konzept der «geografischen Cluster» konsequent in unsere politische Arbeit integrieren. Vereinfacht gesagt, handelt es sich dabei um wirtschaftliche und institutionelle Zentren, in denen sich Akteure eines bestimmten

Clusteranalysen in ArcGIS Pro oder wie die Schweiz zu neuen Kantongrenzen kommt³



Sektoren bündeln – etwa die Uhrenindustrie im Jura-Bogen. Solche Cluster entstehen in der Regel rund um Städte, die auf spezifischem Know-how und Innovationskraft aufbauen. Ihre Wirkung reicht jedoch weit über die Stadtgrenzen hinaus: Sie strahlen in die umliegenden Regionen aus, die Kapital, Ressourcen und Arbeitskräfte bereitstellen. Die eingangs erwähnten Zahlen zeigen klar, dass Städte den Menschen aus ländlichen Gebieten vielfältige berufliche und wirtschaftliche Perspektiven eröffnen – und dass diese durch ihre Arbeit wiederum entscheidend zum wirtschaftlichen Erfolg der urbanen Zentren beitragen.

Die Urbane Mobilität betrifft nicht nur unsere Städte

Als Partei, die sich zu einer starken, innovativen und zukunftsorientierten Wirtschaft bekannt, tragen wir die Verantwortung, dieses Denken in unsere urbanen politischen Programme zu integrieren. Fragen der urbanen Mobilität betreffen nicht nur die Stadtbewohnerin oder den Stadtbewohner, die oder der morgens quer durch die Stadt zur Arbeit fährt, sondern ebenso den Pendler aus einer peripheren Region, der bereits vor 8 Uhr über eine Stunde im Stau verloren hat. Auch die Diskussion um Krippenplätze ist kein rein städtisches Thema: Sie betrifft ebenso Eltern aus den umliegenden Gemeinden, die täglich

zur Arbeit pendeln und für die ein Betreuungsangebot in Arbeitsplatznähe einen deutlich grösseren Zeitgewinn bedeutet als der tägliche Umweg zur Betreuungseinrichtung am Wohnort.

Diese Beispiele machen deutlich, was die Realität des 21. Jahrhunderts ist: Unsere Regionen sind heute eng miteinander verflochten. Wir haben nicht mehr den Luxus, überholte Gegensätze zu pflegen. Dieses Paradigma in unsere zukünftigen politischen Überlegungen einzubeziehen, ist daher keine Option, sondern eine Notwendigkeit.

¹ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/mobilite-transports/transport-personnes/pendularite.html>

² https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2025/11/StadtLand_Monitor2025_FR.pdf

³ <https://arcgis.esri.de/clusteranalysen-in-arcgis-pro/> (06.02.2023)



Letizia Fasano,
FDP Urban

Die Postreform als Stresstest

Der Bundesrat hat Eckwerte für eine Revision der Postgesetzgebung beschlossen – mit dem Ziel, die Grundversorgung ab 2030 zeitgemäß und finanziert auszustalten. Gleichzeitig wurden Anpassungen auf Verordnungsebene beschlossen, etwa der digitale Brief als neues Element der Grundversorgung (ab 1. April 2026). Jetzt ist die Politik gefordert: modernisieren, ohne die Schweiz auseinanderzudividieren – und ohne den Service public in eine Subventions- oder Besitzstandsfalle zu treiben.

2030 beginnt heute

Service public gilt oft als Selbstverständlichkeit – bis er teurer wird oder nicht mehr überall gleich gut funktioniert. Bei der Post ist genau das der Punkt: Briefe nehmen ab, Pakete und Logistik steigen, und die Kundschaft erwartet trotzdem eine flächendeckende Erreichbarkeit. Der Bundesrat hat deshalb das Uvek beauftragt, bis Ende Juni 2026 Vernehmlassungsvorlagen zur Anpassung von Postgesetz und Postorganisationsgesetz auszuarbeiten. Wer erst 2029 reagiert, betreibt nur noch Schadensbegrenzung.

Ergebnis statt Nostalgie

Eine moderne Grundversorgung ist keine Folklore. Sie ist ein Leistungsversprechen: zuverlässig, landesweit, bezahlbar – und so gestaltet, dass sie im Alltag ankommt. Das bedeutet: klare Qualitätskriterien, nachvollziehbare Kosten, digitale Optionen und eine konsequente Kundenperspektive. «Service public ist kein Museum – er muss funktionieren.» Dass der Bund mit Abstrichen an der Grundversorgung eine finanzielle Entlastung der Post anstrebt, ist politisch heikel, aber realistisch: Wir müssen Prioritäten setzen, statt alles gleichzeitig zu garantieren – sonst garantieren wir am Ende gar nichts. Gleichzeitig gilt:

Wer zusätzliche Leistungen fordert, muss auch sagen, wer sie bezahlt. Transparenz ist der Kern jeder Reform.

Freisinniger Kompass für die Grundversorgung

Für die FDP ist entscheidend, dass die Grundversorgung nicht zur Ausrede für Ineffizienz wird – und nicht zum Einstieg in verdeckte Subventionitis. Ein freisinniger Service public folgt drei Leitplanken. Er misst Erfolg am Output – nicht an Quadratmetern Schalterfläche.

Erstens: Technologieneutralität. Der Staat definiert das Ziel (Zustellung, Erreichbarkeit, Zahlungsverkehr), nicht den Weg dorthin. Digitale Angebote gehören dazu – aber nur, wenn sie einfach, sicher und breit nutzbar sind. Der digitale Brief kann ein sinnvoller Baustein sein: weniger Medienbrüche, schnellere Abläufe.

Zweitens: Wettbewerb, wo er besser ist. Wo private Anbieter Leistungen günstiger oder kundenfreundlicher erbringen, soll der Staat nicht verdrängen, sondern ermöglichen. Die Post soll auf Kernkompetenzen setzen und dort wachsen, wo sie Wert schafft – nicht dort, wo Regulierung sie künstlich schützt. «Wettbewerb ist kein Risiko, sondern ein Qualitätsmotor.»

Drittens: Schweizweit – aber differenziert. Gleichwertige Lebensverhältnisse heißt nicht identische Prozesse. Eine Agentur, ein Hausservice oder digitale Kanäle können vor Ort sinnvoller sein als ein starres Filialdogma. Entscheidend ist die messbare Leistung – gerade für Bevölkerung und KMU. «Gleichwertig ist nicht gleichförmig.»

Die Postreform ist mehr als ein Branchenthema. Sie ist ein Lackmustest für unseren Service public: Können wir ihn so erneuern, dass er im digitalen Alltag stärker wird – mit klaren Standards und fairen

Mitgestalten statt zuschauen

Eine effiziente Verwaltung entsteht nicht von selbst. Sie braucht Führung, Engagement und liberale Stimmen – innen wie aussen.

Werden Sie Mitglied der FDP Service Public und helfen Sie mit, den Staat von morgen zu gestalten. Gemeinsam schaffen wir einen Service public, der liefert.



Spielregeln? Die Antwort muss lauten: Ja. Aber nur, wenn wir jetzt entscheiden – präzise, nüchtern und mutig.



Simone Richner,
Präsidentin FDP Service Public

Pressekonferenz des überparteilichen Komitees «NEIN zur Klimafonds-Initiative» am 20. Januar 2026. Bild: Adrian Michel

Nein zur schädlichen Klimafonds-Initiative

Die fünf wichtigsten Argumente

Die Klimafonds-Initiative von SP und Grünen ist ein typischer Vorschlag linker Parteien. Die Lösung ist einfach: Geld. Oder besser: Sehr viel Geld soll es richten. Ein Plan, wofür es benötigt wird oder wer es bezahlen soll, fehlt.

NEIN zur finanziellen Belastung künftiger Generationen!

Die Initianten wollen mit der ganz grossen Kelle anrichten: Bis zu 10 Milliarden Franken sollen pro Jahr zusätzlich für das Klima ausgegeben werden. Bis zum Jahr 2050 summiert sich das auf die astronomische Zahl von 200 Milliarden Franken. Diese Mittel sind weder im Bundesbudget vorhanden noch durch Einnahmen gedeckt. Die Linken wollen auf Pump leben und die Rechnung den jungen Generationen zuschieben. Wer ständig von Nachhaltigkeit spricht, aber Schulden in dieser Höhe macht, handelt verantwortungslos. Das ist das exakte Gegenteil von generationengerechter Politik.

NEIN zu massiven Steuererhöhungen!

Wer glaubt, ein solcher Mega-Fonds liesse sich ohne Folgen für das eigene Portemonnaie finanzieren, irrt gewaltig. Um dieses Milliardenloch zu stopfen, wären massive Steuererhöhungen unumgänglich. Konkret müsste die Mehrwertsteuer um bis zu 2,5 Prozentpunkte angehoben werden. Zum Vergleich: Für die Finanzierung der 13. AHV-Rente werden lediglich 0,7 Prozentpunkte benötigt – also knapp ein Viertel dieser Belastung. Eine solche Erhöhung würde das tägliche Leben massiv verteuern: Vom Wocheneinkauf bis zum Coiffeurbesuch würde alles spürbar teurer werden. Besonders hart trüfe

dies den Mittelstand und Menschen mit geringen Einkommen. Die Initiative ist somit ein klassischer Schuss ins eigene Knie.

NEIN zur Finanzierung aller Schnapsideen!

Anders als bei den hohen Beträgen ist noch überhaupt nicht klar, wofür man die Mittel ausgeben will. Bestehende, funktionierende Subventionen und Förderprogramme werden schlüssig ignoriert. Wissenschaftliche Belege für die Wirksamkeit der geplanten Massnahmen? Fehlanzeige. Anstatt auf bewährte Mechanismen zu setzen, soll der Staat eigenmächtig bestimmen, welche Branchen, Technologien und Lebensbereiche er fördert. Diese Machtzentration entmachtet den Markt und untergräbt die Eigenverantwortung der Bürger. Eine solche staatliche Lenkung führt zwangsläufig zu Ineffizienz, Bürokratie und krassen Fehlentscheidungen. Am Ende droht eine gigantische Verschwendug von Steuergeldern für visionäre, aber völlig praxisferne Schnapsideen.

NEIN zur grünen Planwirtschaft!

Echte ökologische Innovation entsteht durch Freiheit, Forschung und Unternehmertum – nicht durch ein Bürokratiemonster, das Milliarden nach dem Giesskannenprinzip verteilt. Die Initiative will die Schweizer Wirtschaft in ein enges Korsett staatlicher Vorgaben zwängen und einen Selbstbedienungsladen für

ideologische Projekte schaffen. Doch ein staatlicher Planer kann Fortschritt nicht erzwingen. Das Ergebnis eines solchen «grünen Traums» ist eine ineffiziente Lenkung, die Innovationen eher behindert als fördert und die Schweiz international wettbewerbsunfähig macht.

NEIN zu einer «Klima ist wichtiger als alles andere»-Mentalität!

Der Klima-Schuldenfonds würde jährlich bis zu zehn Prozent des gesamten Bundesbudgets binden. Dieses Geld würde an allen Ecken und Enden fehlen: bei der Sicherheit (Armee und Polizei), der Gesundheit, der Bildung, dem Strassenbau, der Landwirtschaft und den Sozialausgaben. Eine einseitige Priorisierung zugunsten aller anderen staatlichen Kernaufgaben ist brandgefährlich. Wir können es uns nicht leisten, das gesamte Staatsbudget einer einzigen ideologischen Agenda unterzuordnen und dabei die Grundversorgung und die Sicherheit unseres Landes zu gefährden.



Christian Steiner,
Fraktionssekretär

**HÖHERE
STEUERN.
MEHR
SCHULDEN.**



Am 8. März

NEIN

zum **KLIMA-SCHULDENFONDS**

klimafonds-nein.ch

«Schafft die Pensionierung ab!»

Interview mit Felix E. Müller

Herr Müller, arbeiten Sie im Rentenalter weiter?

Ja klar, wieso auch nicht? Ich habe mich nie als pensioniert verstanden. Es handelt sich dabei um einen Zustand, der einem von der Gesellschaft aufgezwungen wird.

Sie lehnen also das Pensionsetikett ab?

Mich stört, dass man mit diesem Etikett automatisch als nutzlos gilt, als jemand, der der Allgemeinheit nur noch Kosten verursacht, den Anschluss verpasst hat und die Umwelt belastet. Gestern noch vollwertige Arbeitskraft, ab dem Tag eins der Pensionierung ein Mensch, der eine Belastung für die Gesellschaft ist.

In Ihrem Buch «Schafft die Pensionierung ab» fordern Sie – wie es der Titel sagt – die Abschaffung der klassischen Pensionierung. Warum genau?

Das heutige Rentenmodell stammt aus dem 19. Jahrhundert und geht auf Bismarck zurück. Damals setzte der Rentenbezug die Nichttätigkeit voraus – eine Logik, die aus der schweren Fabrikarbeit jener Epoche entstand. Auch das fixe Rentenalter 65 ist ein Relikt aus einer fernen Epoche. Es stammt aus der Zeit des Ersten Weltkriegs. Bei der Einführung dieser Grenze lag die Lebenserwartung nur unwesentlich höher. Heute ist diese massiv gestiegen. Bald ist die Phase des beruflichen Nichtstuns die längste Lebensphase, länger als die Berufszeit. Unsinnig ist doch, dass das heutige System alles über einen Leisten schlägt. Warum muss eine müde Schuhverkäuferin zum gleichen Zeitpunkt aus dem Arbeitsprozess ausscheiden wie ein vitaler Mitarbeiter von Google?

Sie können nicht verstehen, warum sich so viele auf die Pensionierung freuen?

Ich kann das in bestimmten Fällen durchaus verstehen. Wer einen körperlich strengen Beruf hat, der freut sich vielfach auf die Pensionierung. Doch gemäß einer Umfrage möchte rund die Hälfte der Menschen nach 65 noch weiterarbeiten, kann es aber nicht. Man sollte das Rentensystem doch so konzipieren, dass die einen früher mit dem Arbeiten aufhören, die anderen länger arbeiten können. Doch heute ist das kaum möglich. Gesetze, Unternehmenspolitik und die Reglemente der Pensionskassen befördern alle mit 65 alternativlos in den sogenannten Ruhestand. Dieser massive Eingriff in das



Eine Streitschrift von Felix E. Müller



Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen kann einen Liberalen doch nicht gleichgültig lassen!

Was bedeutet dies ökonomisch?

Die Schweiz entfernt ohne Not jährlich Zehntausende von gesunden, leistungsfähigen und leistungswilligen Menschen aus dem Arbeitsprozess. Gleichzeitig beklagt die Wirtschaft einen Fachkräftemangel. Doch sie unternimmt nichts, um die Leute länger im Arbeitsprozess zu behalten. Laut einer Studie von Swiss Life bemühen sich blos 14 Prozent der Unternehmen aktiv darum. Das Problem des Fachkräftemangels wird offensichtlich durch die Personenfreizügigkeit gelöst, was zum starken Bevölkerungswachstum des Landes beiträgt.

Wie könnte denn ein Rentensystem aussehen, das besser zur heutigen Arbeitswelt passt?

Es sollte jedem Menschen freistehen, zwischen z.B. 60 und 75 das Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess selbst zu planen. Vermutlich braucht es eine Limite, von der an der Bezug einer Maximalrente möglich ist. Und wo harte körperliche Arbeit ein längeres Verbleiben im Arbeitsprozess faktisch unmöglich macht, müsste es Sonderregelungen und spezielle Kompen-sationen geben. Solche Modelle existieren in den nordischen Ländern teilweise.

Warum werden solche Modelle heute nicht längst umgesetzt?

Die Linke torpediert alle Reformvorhaben, die nach Leistungsabbau aussehen, also etwa eine generelle Erhöhung des Rentenalters. In bester Klassenkampf-Manier heisst es jeweils: Die Erschöpften müssen dann noch länger arbeiten! Deswegen braucht es Sonderlösungen für Wenigverdienende. Das Narrativ einer Rentenreform muss lauten: Niemandem wird etwas weggenommen, im Gegenteil, man erhält ein Geschenk, nämlich Wahlfreiheit.

Welche realistischen Schritte könnten denn eine grosse Wirkung entfalten?

Ein gesetzliches Verbot der Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz. Niemand dürfte mehr sagen: Du musst gehen, weil du 65 bist. Ist man denn mit 65 über Nacht nicht mehr fähig, als Jurist, Bankangestellter, Bau-führer oder Umweltberater zu arbeiten?

Denken Sie, es genügt, wenn die rechtlichen Hürden fallen – oder braucht es weitere Voraussetzun-gen, damit eine Erwerbstätigkeit über 65 tatsächlich selbstverständlich wird?

Es muss tatsächlich mehr getan werden. Der Ge-setzgeber sollte die Voraussetzungen schaffen, um eine Beschäftigung über 65 hinaus finanziell und steuerlich attraktiver zu machen. Die Unternehmen schliesslich müssten etwas Phantasie entwickeln,

wie sie die Arbeitsmodelle für ältere Arbeitnehmer flexibler ausgestalten könnten. Wenn ältere Men-schen länger selbstbestimmt arbeiten können, profi-tiert der Einzelne wie die Gesellschaft.

Zum Buch

Felix E. Müller setzt sich in seinem Buch kritisch mit dem Thema der Zwangs-pensionierung im Alter von 65 Jahren auseinander. Dabei zeigt er unter anderem auf, wie eine moderne und freiheitliche Reform des heutigen Sys-tems gelingen kann.



Was die FDP empfiehlt

Unsere Parolen für die nationalen Abstimmungen
vom 8. März 2026

Abstimmung vom 8. März 2026
Individualbesteuerung



*Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung (BBI 2025 2033).

Abstimmung vom 8. März 2026
SRG-Initiative



*Volksinitiative "200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)" (BBI 2025 2887).

Abstimmung vom 8. März 2026
Klimafonds-Initiative



*Volksinitiative "Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)" (BBI 2025 2888).

Abstimmung vom 8. März 2026
Bargeld-Initiative



*Volksinitiative "Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)".

Abstimmung vom 8. März 2026
Gegenentwurf zur Bargeld-Initiative



*Direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung (BBI 2025 2885 2886).

Nein zur SVP-Chaos-Initiative!

Ein gefährliches Experiment auf Kosten von Wirtschaft und Sicherheit

Die SVP will einen 10-Millionen-Deckel für die Bevölkerung. Das ist gefährlich und führt zu Ungewissheit und Chaos.

Mit ihrer Chaos-Initiative (Nachhaltigkeits-Initiative) will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Gerade jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die etablierten Verträge der Schweiz aufgekündigt werden. Die Folge wäre ein unkontrollierbares Chaos. Entweder kämen mehr Migranten von ausserhalb der EU oder unsere Spitäler würden kolabieren, die Restaurants müssten schliessen und viele KMU könnten einpacken. So oder so würde die Schweiz zum Mekka für Asylmigration werden. Dies muss entschieden bekämpft werden.

Kontingente und Planwirtschaft führen ins Chaos

Die Chaos-Initiative schreibt eine starre, für alle Zeiten fixierte Bevölkerungsgrenze von zehn Millionen Menschen in die Verfassung. Künftig würde statt des freien Markts eine unschweizerische Planwirtschaft gelten. Nur wenn jemand stirbt oder das Land verlässt, dürfte ein anderer Mensch einwandern oder (bis 2050) geboren werden. Wie das in der Praxis funktionieren soll, darüber schweigen sich die Initianten aus. Vermutlich würde der Staat Kontingente verteilen. Nur: Wie genau?

Welche Branchen würden Kontingente erhalten und welche müssten auf neue Arbeitskräfte verzichten? Wer würde als Erstes den Laden dichtmachen? Die Bauern, das Gastgewerbe oder die Maschinenindustrie? Würde die Schweiz eher auf die Forscher an ihren Hochschulen oder auf die Lastwagenfahrer, die unsere Lebensmittel transportieren, verzichten? Wäre es besser, deutsche Chirurgen, die heute in Landspitälern operieren, oder Mitarbeiter von Reinigungsinstituten, die in urbanen Zentren Bürotoiletten putzen, abzuweisen? Niemand weiß es. Klar ist, dass es allen schadet und das Chaos riesengross wäre.

Die Schweiz wird zum Asylmekka für illegale Migranten und Schlepper

Wenn die Chaos-Initiative angenommen wird, produziert die SVP einen regelrechten Asylsupergau. Der Wortlaut der Initiative ist eindeutig: Die Schweiz muss die Schengen-Dublin-Verträge kündigen, da diese auf der Personenfreizügigkeit basieren. Die

Schweiz wäre draussen. Die Folge? Zehntausende abgewiesene Asylbewerber aus ganz Europa könnten in der Schweiz ein zweites Asylgesuch stellen. Die Schweiz würde zum Mekka für Asylbewerber und skrupellose Schlepper werden. Unser Asylsystem würde zusammenbrechen. Denn nur dank dem Dublin-Vertrag kann die Schweiz deutlich mehr Menschen mit negativem Asylentscheid in den zuständigen Staat überstellen, als sie aus den Partnerstaaten übernehmen muss. Ohne den Dublin-Vertrag könnten hunderttausende Abgewiesene aus ganz Europa hierzulande ein zweites Asylgesuch stellen. Das Chaos wäre riesig – ein brutaler Schuss ins eigene Knie.

Die Polizei wird blind

Nicht nur die Linken schwächen heute unsere Polizei! Fällt die Personenfreizügigkeit mit der EU weg, verliert unsere Polizei den Zugang zum Schengen-Informationssystem (SIS). Ohne das Schengen-Informationssystem (SIS) verliert sie den Zugriff auf die wichtigste Datenbank zur Verbrechensbekämpfung. Das SIS liefert täglich Dutzende Warnmeldungen über Terroristen und andere Kriminelle. Ohne diese Datenbank wären unsere Polizistinnen und Polizisten blind. Banden, Einbrecher, die Mafia und andere Kriminelle könnten ungestört in die Schweiz einreisen. Aber auch Terroristen und Gefährder hätten ein leichtes Spiel. Hier spielt die SVP mit dem Feuer und gefährdet unsere Sicherheit.

Frei reisen wäre passé

Ein Ja zur Chaos-Initiative würde den kleinen Grenzverkehr beenden. Anstelle von Ausflügen in die Nachbarländer gäbe es wieder Schlagbäume an den Grenzen. Pendler und Ausflügler müssten sich auf lange Wartezeiten an den Zollstellen einstellen. Beim Fliegen könnten Schweizer Airlines ihre unbeschränkten Verkehrsrechte im EU-Luftraum verlieren. Die Folge wären weniger Direktverbindungen und deutlich höhere Ticketpreise aufgrund des geringeren Wettbewerbs. Insgesamt würde das Reisen in Europa komplizierter, da der gewohnte Komfort offener Grenzen wegfielen und die Schweiz gegenüber der EU rechtlich wie ein Drittstaat behandelt würde.

Gefährdet die AHV

Die Chaosinitiative ist in Wahrheit ein gefährliches Experiment auf dem Rücken unserer Sozialversicherungen. Wer die Bevölkerung künstlich deckelt, würgt den demografischen Motor der AHV ab. Unser Rentensystem ist zwingend auf eine dynamische Wirtschaft und junge Beitragszahler angewiesen. Da die einheimische Geburtenrate seit Jahrzehnten zu niedrig ist, sichert die gezielte Zuwanderung von Fachkräften die Finanzierung unserer Altersvorsorge. Eine starre Obergrenze würde das Verhältnis zwischen Einzahlern und Rentnern massiv verschlechtern und die AHV in den Ruin treiben. Wer «Ja» zu dieser Initiative sagt, nimmt Rentenkürzungen oder massive Lohnabzüge bewusst in Kauf.

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 31. Dezember 2026 in Genf fassten die Delegierten deutlich die NEIN-Parole zur Initiative der SVP. Weitere Informationen zur Gegenkampagne des überparteilichen Komitees finden Sie unter www.nein-chaos.ch.



Christian Steiner
Fraktionssekretär

Fotos: André Springer

Impressionen von der Delegiertenversammlung

31. Januar 2026 in Genf



Unser Co-Präsidium Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann bereiten sich auf die Delegiertenversammlung vor.



Bundesrat Ignazio Cassis wandte sich in einer spannenden Rede an die Delegierten.



Co-Parteipräsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher



Die Delegierten unterschreiben die Resolution zum Entlastungspaket 2027. Wir fordern: der Staat muss endlich Prioritäten setzen.



Lebhafte Diskussionen im Rahmen der Parolenfassung zur SRG-Initiative.

Resolution der FDP zum Entlastungspaket 2027

Einstimmig verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 31. Januar 2026 in Genf.

Liebe Ständerätinnen und Ständeräte, liebe Nationalrätinnen und Nationalräte

Nach Jahrzehntelanger Ruhe sieht sich die Schweiz heute wieder von Feinden bedroht. Über München fliegen unbekannte Drohnen, in Polen werden Gleise gesprengt. Wladimir Putin droht, seinen Krieg in weitere europäische Länder zu tragen. **Jede und jeder weiss es: Die Schweiz muss mehr in ihre Sicherheit investieren – das wird viele Milliarden Franken kosten.**

Bei der Finanzierung dieser Milliarden scheiden sich die Geister. Reflexartig rufen viele Politikerinnen und Politiker nach neuen Steuern. **Zahlen sollen also die Bürgerinnen und Bürger.** Dabei hätte der Staat genug Geld – er müsste nur die richtigen Prioritäten setzen. In der nächsten Session werden Sie erneut über das «Entlastungspaket 27» beraten. Dieses visionäre Projekt von Bundesrätin Karin Keller-Sutter würde den Bund um jährlich zwei bis drei Milliarden Franken entlasten – finanzielle Mittel, wie wir sie für die Nachrüstung der Armee dringend brauchen würden.

Leider musste das Paket schon in der bisherigen parlamentarischen Arbeit zünftig Federn lassen. Hier wurde eine Bundesausgabe geschützt, dort eine Subvention verteidigt. **Bereits ist das Entlastungspaket um mehr als einen Dritt geschrumpft.**

Wir, die Unterzeichnenden dieses Briefs, **protestieren gegen diese Sparverweigerung.**

1. Wir sind überzeugt, dass die Schweiz dringend **in ihre Sicherheit** investieren und ihre Verteidigungsfähigkeit wiedererlangen muss.
2. Wir fordern Sie auf, neue Steuern abzulehnen und den **Spardruck hochzuhalten**. Im Entlastungspaket 27 und mit einem zweiten Entlastungspaket. Darin muss auch der grösste Kostenblock überprüft werden: **die rasant steigenden Sozialausgaben.**
3. Wir verlangen als ersten Schritt, dass der **AHV-Bundesanteil** nicht stärker wachsen darf als die Teuerung.
4. Wir erwarten, dass Sie – die Politikerinnen und Politiker aller Parteien – sich aus dem Griff **der Verbände** lösen, denen Sie verbunden sind, und an die Gesamtinteressen Ihrer Wählerinnen und Wähler denken.
5. Wir fordern einen **Personalstopp beim Bund**, analog zur Verwaltungsbremse-Initiative der Jungfreisinnigen.

Drei friedliche Jahrzehnte lang haben Sie (oder viele von Ihnen) in Sonntagsreden verlangt, dass unser Staat **handlungsfähig bleiben muss**, um auf Krisen reagieren zu können.

Nun, 2026, gilt es ernst. Jede Politikerin, jeder Politiker steht heute vor einer unangenehmen Wahl: **Entweder er schützt Partikularinteressen. Oder er schützt die Schweiz.**

Welche Wahl treffen Sie? Wir zählen auf Sie.

Herzlich

Die Delegierten der FDP.Die Liberalen Schweiz

Hallo Generalsekretariat!

«Was passiert im Generalsekretariat?» – «Bis vor kurzem wusste ich gar nicht, dass die FDP ein Generalsekretariat dieser Grösse hat.» – «Ich kann mir gar nicht vorstellen, welche Aufgaben im Generalsekretariat anfallen.» Kommentare wie diese, die wir bei unseren Besuchen der kantonalen Geschäftsstellen hören, zeigen, dass es an der Zeit ist, einen kurzen Überblick zu geben. Unser Generalsekretariat funktioniert wie eine Einheit aus einzelnen Teilen: Es ist flexibel, nach allen Seiten biegsam und doch zusammengehörig.

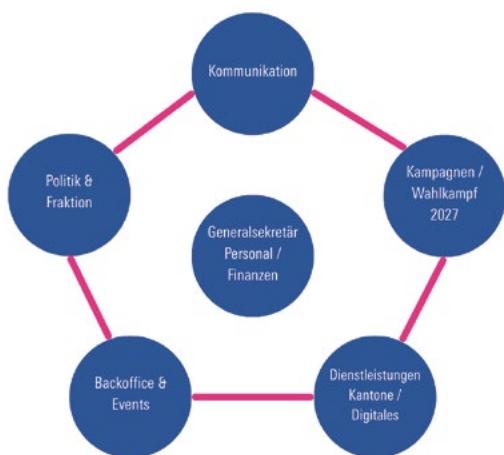


Bild: Abbildung GS, Januar 2026

Der Generalsekretär ist im Zentrum die Drehscheibe und der Stoßdämpfer, damit wir nicht im Hamsterrad enden.

In der Kommunikation entsteht der nationale «Freisinn», die zahlreichen Medienmitteilungen, Social Media Posts und Petitionen. Das Kampagnenteam kämpft gegen linke Verhinderer, rechte Abschotter und für liberale Lösungen. Zudem arbeitet es mit den Mitarbeitern der Dienstleistungen für die Kantone zusammen, in denen auch die IT-Anliegen und digitalen Projekte angesiedelt sind, um den Wahlkampf 2027 vorzubereiten.

Die motivierten Kolleginnen des Backoffice machen Events wie eine nationale Delegiertenversammlung oder einen Fraktionsausflug erst möglich. Mit ihrer wertvollen Arbeit bilden sie das Rückgrat der Partei und sind für jegliche Art von Rechnungsstellung verantwortlich.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter unterstützen die Fraktionsmitglieder des National- und des Ständerats bei der Kommissions- und Parlaments-

arbeit. Sie verfassen Vernehmlassungsantworten und arbeiten intensiv an Positionspapieren mit.

Diese Vielfalt ist einzigartig und macht den Reiz der Tätigkeiten und der Arbeit aus. Dafür sind unterschiedliche Fähigkeiten gefragt. Daher gibt es eine gesunde Altersdurchmischung, wie die Spanne von 25 bis 51 Jahren zeigt.

Unsere Arbeit für die Partei wird durch Spenden gelder finanziert. Diese stammen von Privatpersonen und Firmen, die sich immer wieder aufs Neue für die liberale Politik engagieren. Aufgrund unserer Fraktionsgrösse erhalten wir als Partei zusätzlich einen Bundes-Zustupf.

Seit dem 1. Januar arbeiten zwei neue Mitarbeiter für die FDP. Hier stellen sich beide kurz vor:

Vincent Müller, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fraktionsteam

Mein Name ist Vincent Müller, ich bin 25 Jahre alt und der neue wissenschaftliche Mitarbeiter im Generalsekretariat. Ich kümmere mich um die sicherheitspolitischen Kommissionen sowie um die Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen und die damit verbundenen Geschäfte.

Nach einem Bachelorstudium der internationalen Beziehungen, einem Master in Europastudien sowie einem Hochschulpraktikum beim Seco im Bereich der Exportkontrolle von Kriegsmaterial freue ich mich darauf, an diesen für die Zukunft unseres Landes wichtigen Themen mitzuarbeiten. Meine Neugier und mein Interesse an vielfältigen politischen Fragestellungen machen diese Position für mich zu einer besonders spannenden beruflichen Chance.

Ich bin in Lausanne geboren und habe in Genf studiert. Die Arbeit in Bern eröffnet einem «echten» Romand wie mir die Chance, sich der Deutschschweiz zu öffnen und mit dem FDP-Generalsekretariat zusammenzuarbeiten. Das freut mich sehr.

Jetzt spenden

Wir bedanken uns ganz herzlich für Ihre Unterstützung



Adrian Rosser, Verantwortlicher deutschschweizer Kantone, Team Dienstleistungen Kanton

Ich bin Adrian Rosser, 38 Jahre alt, verheiratet und Vater eines vierjährigen Sohnes. Zweisprachig im waadtländischen Vully aufgewachsen, spreche ich Bärndeutsch und Französisch. Beruflich habe ich Mediamatik bei der Swisscom gelernt und in der Online-Marketing-Kommunikation gearbeitet, unter anderem bei Swisscom, Murten Tourismus, Creabeton Matériaux und nellen.IT.

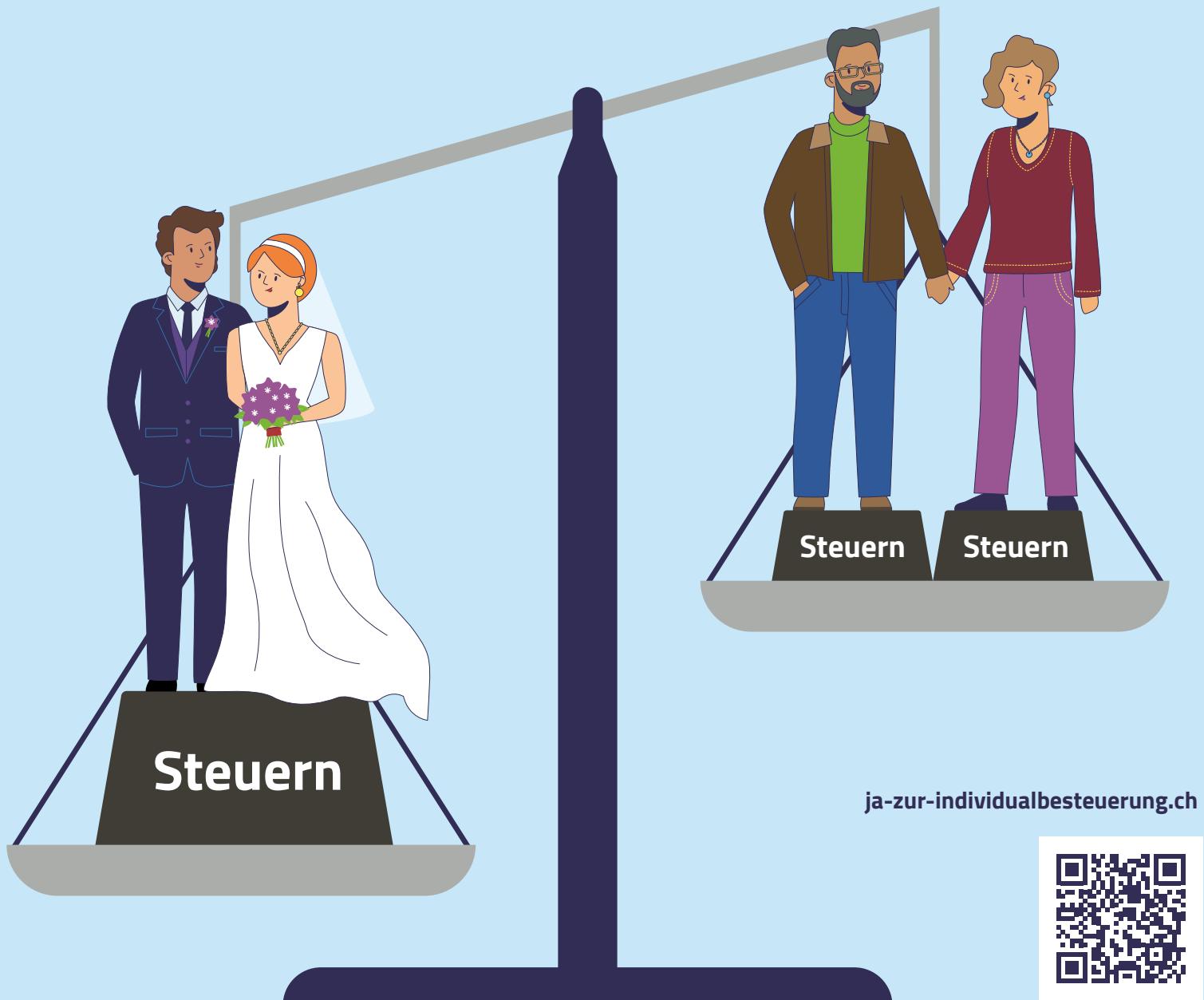
Ich engagiere mich für die Berufsbildung als Präsident der Lehraufsichtskommission Mediamatik und als Chefexperte des Kantons Freiburg sowie als Prüfungsexperte in mehreren Kantonen. Geschäftlich reise ich mit dem öV, privat unternehme ich im Sommer Ausflüge mit meinem Opel Manta B und bin seit über zehn Jahren Vorstandsmitglied des OPEL Clubs Bern.

Seit 2021 bin ich Mitglied der FDP Vully-VD. Per 1. Januar habe ich bei FDP.Die Liberalen Schweiz die Verantwortung für die Deutschschweiz übernommen und bin als Produktmanager für das CRM Tocco tätig. In dieser Funktion trage ich dazu bei, dass die Deutschschweizer Kantone für die Wahlen 2027 bestmöglich aufgestellt sind.



Kathrin Puhan,
Büroleitung

Heiratsstrafe abschaffen



ja-zur-individualbesteuerung.ch



JA zur Individualbesteuerung

8. März 2026